

„Die Taten sprechen für blanken Hass“

Interview zu rechter Gewalt gegen Obdach- und Wohnungslose

Werena Rosenke ist stellvertretende Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) mit Sitz in Bielefeld. Die BAGW organisiert einerseits den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis in Bezug auf die Unterstützung von Wohnungslosen. Andererseits versteht sie sich als parteiiche Lobbyorganisation für eine gesellschaftliche Minderheit, deren Anliegen buchstäblich verdrängt werden.

Am 1. August 2008 töteten zwei Rechte in der Parkanlage vor dem Dessauer Hauptbahnhof Hans-Joachim S.. Der 50-Jährige hatte in einer betreuten Wohneinrichtung in Halle gelebt und sich unterwegs zum Schlafen auf eine Parkbank gelegt. Wie viele Tötungsdelikte an Obdachlosen, sozial Randständigen und als wohnungslos Wahrgenommenen registrieren Sie jährlich?

Werena Rosenke: Es gibt keine sichere Erhebung. Auch wir werten nur Presseberichte aus, daher sind unsere Zahlen sicher nur die Spitze des Eisbergs. Wir haben von 1989 bis 2005 143 Tötungsdelikte gegen Wohnungslose durch Täter von außerhalb dokumentiert und 157 Tötungen innerhalb der Wohnungslosenszene. Hinzu kommen 301 schwere Körperverletzungen von Tätern von außerhalb. Innerhalb der Szene wurden 97 Fälle von Körperverletzung in den Medien aufgenommen. In den Jahren zwischen 1989 und 1994 waren die Zahlen höher, da haben wir zehn bis 14 Fälle pro Jahr gezählt. Seit Ende der 1990er Jahre registrieren wir jährlich zwischen vier und neun Fälle.

Welche Informationen haben Sie über die Opfer? Und aus welchen Kreisen kommen die Täter?

Die Opfer sind überwiegend ältere, wohnungslose Männer. Sie fallen ihren Peinigern auf Parkbänken, an Bushaltestellen oder Picknickplätzen in die Hände. Die Betroffenen sind zwischen 40 und 60 Jahren alt, bei den Lebensumständen ist das schon ein höheres Alter. Oft sind sie körperlich geschwächt und damit leichte Opfer. Die Täter dagegen sind überwiegend junge Männer zwischen 19 und 29 Jahren. Sie agieren – besonders seit den 1990er Jahren - meist in Gruppen und überfallen ihre Opfer oft während diese schlafen, also noch hilfloser sind. In seltenen Fällen sind junge Frauen beteiligt, allerdings erst seit kurzem. Ihrem Outfit nach sind die Täter oft der rechten Szene zuzuordnen, ohne dass sie dort zwangsläufig organisiert sind.

Wie steht es mit den Dunkelfeldern, wenn es um Gewalt gegen (scheinbar) Wohnungslose und sozial Randständige geht, insbesondere auch bei Gewalt gegen Frauen, die als sozial randständig wahrgenommen werden?

Hier gehen wir davon aus, dass das Dunkelfeld extrem hoch ist, gerade bei Gewalt gegen Frauen. Wir wissen, dass ein sehr großer Anteil der wohnungslosen Frauen sexuell missbraucht wurde. Diese Taten geschehen einerseits während der Wohnungslosigkeit, liegen aber auch davor. Denn viele Frauen leben auf der Straße, weil sie versucht haben, einer Situation zu entgehen, in der sie sexuell missbraucht worden sind. Wie auch bei nicht Wohnungslosen kommen Vergewaltigungen selten zur Anzeige und tauchen noch seltener in Presseberichten auf. Wichtige verlässliche Studien gibt es leider nicht.

Immer wieder sind es rechte Cliquen, die ganz offen damit prahlen, „Penner zu klatschen“. Dennoch ist in den ohnehin wenigen Gerichtsurteilen selten die Rede davon, dass es sich

um politisch rechts motivierte Gewalt handelt. Wenn offensichtlich Rechte wie in Dessau ein sozial randständiges Opfer verletzen oder töten, welche Einstellungsmuster sehen Sie bei den Tätern?

In den Aussagen vor Gericht fällt immer wieder erschreckend auf, dass es kein Tat auslösendes Motiv gibt. Die Täter „hatten einfach Lust, den Penner zusammenzuschlagen“. Dabei sind die Taten extrem brutal und demütigend, so dass man schon von Folter sprechen muss. Die Opfer werden angezündet, Zigaretten werden auf ihrem Körper ausgedrückt, die Schädel mit Baseballschlägern zertrümmert. Neu hinzugekommen ist, dass die Taten auf Video aufgezeichnet werden. Motive sind daher Menschenfeindlichkeit und blanker Hass, häufig gepaart mit rechten oder rechtsextremen Einstellungen. Armut, soziale Ausgrenzung, Wohnungslosigkeit gelten als Beweis für die Minderwertigkeit der Opfer und damit als Legitimation für die Täter.

Warum fällt es den Gerichten trotz der Reform der Erfassungskriterien so schwer, Tatmotive auch als rechts bzw. gruppenbezogen menschenfeindlich zu benennen?

Gerichte suchen oft nach eindeutigen Beweisen, etwa einer offiziellen Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation. Ist eine solche nicht nachzuweisen, wird der rechtsextreme Charakter der Tat geleugnet. Viele der Täter sind aber nicht organisiert, auch wenn sie eine rechtsextreme Gesinnung haben.

Sie haben auch festgestellt, dass Gewalt innerhalb der Wohnungslosenszene ein erhebliches Problem darstellt. Welche Lösungsansätze sehen Sie?

Das ist sicher nicht so einfach mit einem Maßnahmenkatalog zu lösen. Bei Wohnungslosen konzentrieren sich ja viele Problemfelder: Schulden, Alkohol, Traumatisierungen. Das ist ein Boden für Gewalt. Insgesamt gilt es daher, die Wohnungslosigkeit so kurz wie möglich zu halten. Einzelne Maßnahmen haben aber schon einiges bewirkt. So werden in den Einrichtungen, die in freien Trägerschaften sind, keine Mehrbettzimmer mehr vergeben. Das hilft schon, denn wenn man viele Menschen, die tatsächlich Probleme haben, zusammensteckt, ist ja klar, dass Konflikte hochkommen.

Ähnlich wie Initiativen, die sich gegen Rassismus engagieren, fordern Sie ein Ende institutioneller Ausgrenzung und Diskriminierung von sozial Randständigen. Was meinen Sie damit?

Ein Merkmal struktureller Gewalt sind die jährlichen Kältetoten. Seit 1991 sind mindestens 240 Wohnungslose in den Straßen erfroren. Andere Beispiele sind Regulierungen für Obdachlosenunterkünfte, in denen Betroffene nur dreimal pro Monat übernachten dürfen. In der übrigen Zeit sind sie gezwungen weiter zu ziehen oder schlicht auf der Straße zu übernachten. Dort finden sie aber immer weniger Orte, weil die Parkbänke so gestaltet werden, dass man nicht darauf liegen kann. Diese strukturelle Gewalt wird von der Öffentlichkeit hingenommen, als gäbe es keine Alternativen zu den Containern und Baracken oder als sei der Kältetod eben für einige unvermeidbar.

Welche kommunalen und gesellschaftspolitischen Veränderungen der vergangenen Jahre haben aus Ihrer Sicht zu einer Eskalation der Gewalt gegen Wohnungslose beigetragen?

In den vergangenen Jahren ist Zug um Zug ein Klima der Ausgrenzung geschaffen worden, das den Tätern als Legitimation dient. Um das Jahr 2000 herum haben viele Bürgermeister die aus New York importierte 'Null-Toleranz'-Politik auch in ihren Städten

umgesetzt und versucht, Wohnungslose aus dem Stadtbild zu entfernen. Eine solche offizielle Politik bestärkt die Täter. Momentan haben solche kommunalen Maßnahmen abgenommen, aber noch immer werden Wohnungslose ausgegrenzt und es ist nicht ausgeschlossen, dass neue Kampagnen nach dem Muster 'Unsere Stadt soll sauber werden' in Zukunft wieder hoffähig werden. Da müssen wir sehr aufmerksam sein und politisch und gesellschaftlich intervenieren.

Vielen Dank für das Gespräch!